

BILDUNGSPROGRAMM 2000

Nicht für alle, aber für jede(n)

„Staatsbürgerschaftsrecht? Hab ich vor zwei Jahren gemacht. Kenn ich.“ Nun gut – so wird niemand reagieren, wenn er das Bildungsprogramm 2000 des Referats Migration liest und das Thema „Reform des Staatsbürgerschaftsrechts“ entdeckt. Aber beim Seminar „Sozialpolitik und Migration – Rentenreform und ihre Auswirkungen“ könnte ein ausgefuchster Versicherungsältester auf die Idee kommen: „Das brauch ich dieses Jahr nicht.“ Ein Ratschlag: Hinsehen. Es gibt neue Entwicklungen in der Rechtsprechung, insbesondere beim Europäischen Gerichtshof.

Es ist also da, das Bildungsprogramm 2000, druckfrisch. Wie gehabt wird nicht das hinter dem Programm stehende Expertenwissen gleichmäßig über alle verteilt, die irgendwie mit dem Thema Migration zu tun haben. Die Angebote richten sich an spezielle Zielgruppen. Immer angesprochen sind natürlich die Multi-

plikatoren als migrationspolitische Zehnkämpfer. Diejenigen, die in der Flüchtlingsarbeit aktiv sind, können sich zum Beispiel weiterbilden in den Bereichen „Arbeitsmarkt – Flüchtlinge und Asylbewerber als Arbeitnehmer/ -innen“, „Ausländerrecht“, oder „Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“. Das letzte Thema richtet sich natürlich auch an Menschen, die in der Anti-Rassismusbildung aktiv sind. Es werden also bisweilen auch mehrere Zielgruppen gleichzeitig angesprochen.

Europa ist natürlich auch ein Thema, unter dem Aspekt Asyl- und Migrationspolitik oder dem Aspekt EU-Erweiterung. Und so weiter.

Die verschiedenen Angebote des Bildungsprogramms richten sich – wie gesagt – nicht an alle. Als Ganzes richtet es sich aber an jede(n). Kurzum: bestellen, ansehen, anmelden. Man sieht sich in Berlin, Saalfeld, in Springen, Hattingen oder Niederpöcking oder sonstwo.

DPG-TAGUNG

Dem Rassismus Grenzen setzen

„Die Zukunft Europas wird von der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt des Kontinents bestimmt. Genau diese Vielfalt ist jedoch durch steigende Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bedroht“, so der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Michael Sommer, zu einer Fachtagung der DPG zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

Woran liegt es, dass trotz zahlreicher Stellungnahmen, Erklärungen und Aufrufen rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen zunehmen und andererseits die Bereitschaft, aktiv gegen Rassismus einzutreten, abnimmt? Ist die Ursache dafür eine zunehmende Entsolidarisierung, abnehmendes Engagement oder

unzureichendes Wissen über Konzepte und Einflussmöglichkeiten gegen Rassismus?

Solche Frage sollen auf der Tagung diskutiert werden. Ziel der Veranstalter ist es, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit „praktischen Ergebnissen“ in die Betriebe und ihr Wohnumfeld zurückkehren.

Inhalt

SEITE 2

- 25 Jahre Sprachverband
Einbürgerungskampagne der Bundesregierung

SEITE 3

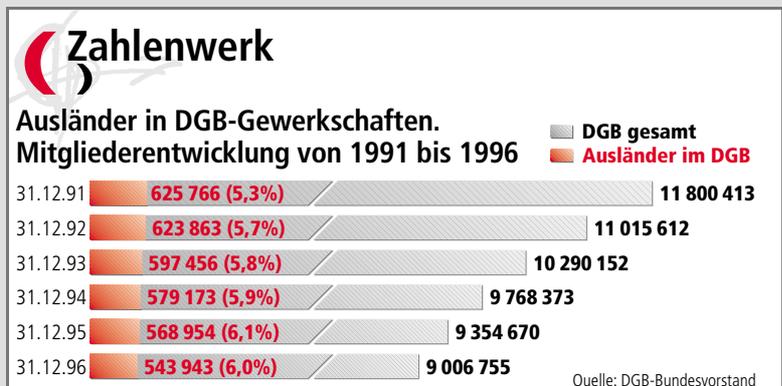
- Ausländer in Fisch ...
... und Bank

SEITE 4

- Landeserziehungsgeld
Jürgen Klose (Pressesprecher des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg)
- Partizipation als Menschenrecht
- DGB auf Türkisch und Italienisch

Bestellungen: Referat Migration Bildungsprogramm 2000. DGB-Bundesvorstand, Referat Migration, Internationale Abteilung Burgstraße 29-30, 10178 Berlin anna.tastsoglou@bundesvorstand.dgb.de

Weitere Informationen: Fachtagung der DPG „Dem Rassismus Grenzen setzen“. Vom 10. bis 12. Dezember im Bildungszentrum der DPG in Gladenbach. Einige Plätze sind noch frei. Kontakt: Paul Köhler Tel. 069/66 95 -1110, Fax: 069/66 95 -1212



SPRACHVERBAND

1,3 Millionen Kursteilnehmer in 25 Jahren

Dass es für die Integration von Migranten von grundlegender Bedeutung ist, deutsch zu lernen, dürfte unbestritten sein. Nur irgendjemand muss sich auch darum kümmern, dass sie die Möglichkeit dazu haben. Das macht der Sprachverband Deutsch für ausländische Arbeitnehmer und zwar seit 25 Jahren. Am 30. November wurde Geburtstag gefeiert.

Rund 1,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer haben seit der Gründung 1974 Deutschkurse besucht. Der Sprachverband führt die Kurse nicht selber durch, sondern beauftragt dafür insgesamt rund 450 Institutionen. Derzeit besuchen rund 70.000 Menschen jährlich die 5000 Kurse. Es wird Wert darauf gelegt, dass die Sprache vermittelt wird, die im Alltag gebraucht wird, sei es beim Arztbesuch, für den Umgang mit Behörden oder einfach, um sich mit den deutschen Nachbarn austauschen zu können.

Finanziert wird der Sprachverband aus Mitteln des Bundesarbeitsministeriums. Der Jahresetat wurde von der rot-grünen Bundesregierung von 25 auf 34 Millionen Mark aufgestockt. Für den Geschäftsführer Gerhard Fiedler ist das ein Beleg, dass die Regierung das Thema Integration ernst nimmt.

Allerdings gelten die Angebote des Sprachverbands nur für Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen aus der EU und den ehemaligen Anwerbeländern, wobei das auch Mosambik, Angola und Vietnam einbezieht, also jene Staaten, aus denen Vertragsarbeiter in die DDR gekommen waren. Für andere Migranten und Spätaussiedler sind andere Institutionen zuständig und die Förderung läuft auch über andere Ministerien. Dieser Zustand lässt sich mit Argumenten kaum erklären. Die Sprachför-

derung muss vereinheitlicht werden. Dies ist auch das erklärte Ziel der Regierung. Wobei noch offen ist, unter welchem Dach das geschehen soll. Gerhard Fiedler verweist auf eine Studie, in der die Arbeit des Sprachverbands evaluiert wurde. Fazit der Untersuchung: Der Sprachverband leistet gute Arbeit und sollte die zentrale Stelle für die Organisation der Sprachförderung sein. Das Finanzministerium, das Arbeitsministerium und die Ausländerbeauftragte unterstützen diese Position. Das Innenministerium möchte die Aufgabe dem Bundesverwaltungsamt übertragen. Am 15. Dezember sollen in der Sache noch einmal Gespräche geführt werden. Vielleicht gibt es dann ein nachträgliches Geburtstagsgeschenk. ■

Weitere Informationen:

Sprachverband Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V.
Raimundstraße 2, 55118 Mainz, Tel. 0 61 31 / 9 64 44 - 0
E-Mail: Sprachverband@t-online.de
Internet: www.uni-mainz.de/Sprachverband

EINBÜRGERUNG

Angebot zur Integration

Ab dem 1. Januar 2000 gilt in Deutschland ein neues Staatsangehörigkeitsrecht. Das bisherige Recht wird um das Geburtsrecht ergänzt. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die dauerhaft hier leben, werden deutsche Staatsbürger. Wenn sie gleichzeitig die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern besitzen, müssen sie sich bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres in der Regel für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Kinder, die in den letzten zehn Jahren in Deutschland geboren wurden, können auf Antrag die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.

Mit der Kampagne „EINBÜRGERUNG: Fair. Gerech. Tolerant“ will die Bundesregierung das bekanntlich heftig umstrittene Gesetz noch einmal bekannt machen. Gleichzeitig wird diese Kampagne verstanden als Signal an die Ausländer zur Einbürgerung und als Angebot zur Integration. ■

Informationen:

Internet: www.einbuengerung.de
Informationsbroschüren in kleinen Auflagen können bestellt werden unter: 0 18 05 / 00 24 76
Rückfragen: Bernd Knopf, Büro der Ausländerbeauftragten 030 / 20 07 - 23 07

AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE

Angebot zum Dialog. „Zwar ist Integration als Ziel allgemein anerkannt und auch die CDU schreibt sie sich – nach der unsäglichen Doppelpassdiskussion – auf die Fahnen. Ein einheitliches Verständnis davon, was Integration beinhaltet und ausmacht und wer integriert werden bzw. sich integrieren soll, ist jedoch nicht vorhanden.“ So die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen in einer Erklärung Anfang Oktober. Deshalb fordert sie alle Beteiligten zu einem integrationspolitischen Dialog auf und schlägt als erste Schritte eine Agenda von sechs Punkten vor.

- 1.** Eine zügige und unbürokratische Umsetzung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts.
 - 2.** Eine organisatorische Konzentration bei der Sprachförderung, Gleichbehandlung aller Zuwanderergruppen.
 - 3.** Eine Reform des völlig unübersichtlichen Arbeitsgenehmigungs- und Anwerberechts.
 - 4.** Einen Ausbau der beruflichen Bildung und Weiterbildung von Migranten.
 - 5.** Durchsetzung der Altfallregelung.
 - 6.** Gesetzliche Verankerung der Werteordnung des Grundgesetzes im Bereich Antidiskriminierung.
- Titel des Originaltextes: Für einen neuen integrationspolitischen Dialog. In: Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen 1. 10. 1999.*

Bezug:

Tel. 018 88 / 527 - 23 07 / 29 73
oder 030 / 20 07 - 23 07 / 29 73
Fax: 01888 / 527 - 27 82
oder 030 / 20 07 - 27 82
Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de

IN EIGENER SACHE

Zur Erinnerung: Forum Migration wird ab dem 1. April 2000 nur noch an Einzeladressen versandt und nicht mehr über die DGB-Kreise verteilt. Wer Forum Migration weiter oder neu beziehen möchte, kann es – wenn noch nicht geschehen – bestellen unter:
Postfach 11 03 72, 10833 Berlin, 0211 / 43 01 - 134 (Fax)
migration@bundesarbeitsministerium.de (E-Mail)

Ausländer in Fisch...

Wer beim Hersteller von Feinkostsalaten Beeck arbeitet, muss zupacken können. Die 370 Beschäftigten sind – sieht man von einem kleinen Ableger in Berlin ab – auf die Standorte Hamburg und Cuxhaven verteilt. In Cuxhaven wird ausschließlich Fisch verarbeitet. Und da, wo's am heftigsten stinkt, arbeiten hauptsächlich Frauen, Portugiesinnen, Spanierinnen, einige Türkinnen. Migrantinnen zumeist noch der ersten Einwanderergeneration, 45, 50 Jahre alt. Der Ausländeranteil an den Beschäftigten liegt an diesem Standort bei 40 Prozent.

Aber auch im Hamburger Werk geht's nicht gemütlich zu. Es ist laut im Betrieb. Da wird zum Beispiel den ganzen Tag gewogen, und zwar im Stehen. 35 bis 40 Tonnen Salate verlassen täglich das Werk. Bevor sie in die Schalen abgepackt werden, die irgendwann beim Endverbraucher zum Abendessen auf dem Tisch stehen, müssen die Zutaten kübelweise gewogen und in die Maschinen gefüllt werden. An diesem Standort liegt der Ausländeranteil bei 20 Prozent.

Hier endet meist der Blick auf solche Arbeitsplätze. Das Klischee scheint bestätigt: Wo körperlich schwere und schmutzige Arbeit geleistet wird, müssen vor allem Ausländer ran.

An dieser Stelle aber fängt die Arbeit des Betriebsrats an, genauer: fing an. Sabit Yilderim, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats bei Beeck, berichtet darüber, was sich geändert hat. Früher mussten die Kübel beim Wiegen oder Einfüllen in die Maschine gehoben werden, heute gibt es Hebeeinrichtungen. In der Fischverarbeitung wurden mehr Maschinen eingesetzt, die die Arbeit erleichtern.

Dies sind einige Ergebnisse eines Humanisierungsprogramms, das 1992 auf Vorschlag des Betriebsrats anlief und von der Unternehmensspitze aktiv unterstützt wurde. Abteilung für Abteilung haben die Beschäftigten diskutiert, was verbessert werden soll und das in die Diskussion eingebracht. „Die Arbeit ist immer noch hart“, sagt Sabit Yilderim, aber er ist auch stolz darauf, dass es etwas nach vorne ging. Als kleinen Trost sieht er auch, dass das Unternehmen deutlich über Tarif zahlt. ■

...und Bank

Manchmal hat Levent Korkmaz schon den Eindruck, dass Leute, die ihn nicht kennen, etwas verwundert dreinblicken, wenn sie ihm in der Bank begegnen, in der er arbeitet. Für viele ist es wohl doch eher ungewöhnlich, dass ein Türke in einem Weiße-Kragen-Beruf tätig ist. Korkmaz arbeitet im Sekretariat der Auslandsabteilung der Berliner Bank. Und das ist das wohl noch Exotischere: Von Beruf ist er – wie das offiziell heißt – staatlich geprüfte Fremdsprachensekretärin. „Nein, nicht für Türkisch“, sagt er, „das kann ich sowieso, für Englisch und Französisch.“

Er hat gerne mit Menschen zu tun, arbeitet gerne am Computer, so ist er in den Beruf gekommen. Für ihn selbst war das ein ganz normaler Weg. Und dass er eine qualifizierte Ausbildung machen soll, war schon auf der Schule klar. Der Vater des heute 29-jährigen hat ihn während der Schulzeit immer wieder genervt, ob er denn die Schulaufgaben gemacht, sich auf die Klassenarbeit vorbereitet hat – immer mit dem offenbar internationalen Elternhinweis in Arbeiterfamilien: „Ich mach das nur, damit du es einmal besser hast.“ Der Vater war 1969 nach Berlin gekommen, um als Maschinenschlosser zu arbeiten. Die Mutter zog ein Jahr später hinterher.

Viele Migranten der ersten Generation, die aus der Türkei gekommen waren, findet Korkmaz, freuen sich und sind stolz, wenn ihre Kinder qualifizierte Schulabschlüsse und Berufsausbildungen machen. So wächst in vielen Familien ein bildungsfreundlicheres Klima. Das wiederum ist auch ein Grund, warum die Zahl der Eltern abnimmt, die vor allem mit Blick auf ihre Töchter sagen: Die brauchen keine Ausbildung, die heiraten. Einen anderen Grund sieht Korkmaz in einer sich wandelnden Haltung: „Die Leute begreifen, dass Ausbildung immer wichtiger wird, nicht nur in Deutschland.“

Levent Korkmaz könnte sich schon vorstellen, in der Türkei zu leben, zumindest zeitweise, nicht aber in einer anderen Stadt in Deutschland. Schließlich sei er schon sein ganzes Leben hier, Kindergarten, Schule, Beruf. Er ist eben Berliner. ■

Notiert

REFORMEN **Abbau des Staus.** *Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht ist ein Schritt gegangen worden, den Reformstau in der Migrationspolitik, der sich unter der alten Regierung aufgebaut hatte, aufzulösen. Ob der groß genug ist, mag jeder für sich beurteilen.*

Wie die Probleme zum Ende der Ära Kohl aussahen, lässt sich nachlesen in der Broschüre „Migration im Reformstau“.

Sie dokumentiert eine Tagung des Referats Migration, die im März 1998, also ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl, stattgefunden hat.

Die Broschüre enthält auch grundlegende Beiträge, die nicht an Tagesaktualität gebunden sind, etwa „Entwicklung und Perspektiven der Migrationspolitik“ von Ralph Göbel-Zimmermann und „Angstthema ‚Ausländerkriminalität‘“ von Georgios Tsapanos. Einige Exemplare sind noch vorrätig.

Bestelladresse:

toennes satz + druck gmbh,
Postfach 3262, 40682 Erkrath,
Fax: 0211/9 20 08-38
E-Mail:
toennes-satzdruck@uumail.de

BESTANDSAUFNAHME

Partizipation als Menschenrecht

Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1998 fand in Düsseldorf die Tagung „Partizipation von Migrantinnen und Migranten statt“. 50 Jahre zuvor war von der UNO die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet worden. Dies war Anlass danach zu fragen, wieweit Ausländerinnen und Ausländer ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden sind. Hier gibt es Unterschiede zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. In der Arbeitswelt zum Beispiel haben sie die gleichen Rechte wie ihre deutschen Kollegen, was in anderen Bereichen bekanntlich nicht so ist. Dies hat durchaus Folgen für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die Dokumentation der Tagung ist inzwischen erschienen.

Bestelladresse: toennes satz + druck gmbh, Postfach 3262, 40682 Erkrath, Fax: 0211/9 20 08-38 E-Mail: toennes-satzdruck@uemail.de

DOKUMENTATIONEN

DGB auf Türkisch und Italienisch

Einige grundlegende Beschlüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind jetzt in verschiedenen Dokumentationen zusammengefaßt. In türkischer Sprache liegt die Dokumentation „Gewerkschaften und ausländische Arbeitnehmer“ vor, in Italienisch die Dokumentation „Von der Ausländerpolitik zur Einwandererpolitik“.

Da Publikationen der Gewerkschaften in den Sprachen unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen – leider – selten geworden sind, wäre es schön, wenn sie eine angemessene Verbreitung finden.

Bestelladresse: toennes satz + druck gmbh, Postfach 3262, 40682 Erkrath, Fax: 0211/9 20 08-38 E-Mail: toennes-satzdruck@uemail.de

Kommentar

LANDESERZIEHUNGSGELD



Jürgen Klose
(Pressesprecher des DGB-Landesbezirks

Baden-Württemberg) Baden-Württemberg und Bayern sind die beiden letzten Länder, die die für das dritte Erziehungsjahr der Kinder gezahlte Familienleistung nur Deutschen und EU-Angehörigen gewähren. Nun ist in Baden-Württemberg der Kampf gegen den Ausschluß von türkischen Staatsangehörigen vom Landeserziehungsgeld ein großes Stück voran gekommen. Nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 4. Mai 1999 entschieden hatte, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz von Artikel 3 Absatz 1 des Beschlusses Nr. 3/80 des Assoziationsrates EG-Türkei unmittelbar wirksam ist, stellte das Verwaltungsgericht Karlsruhe in

seinem Urteil vom 12. Juli 1999 (14K 1335/99) fest, dass türkische Familien genau wie Deutsche einen Anspruch auf Landeserziehungsgeld haben. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da das Land Berufung eingelegt hat. Aber wir werden diesen Kampf gewinnen, davon bin ich überzeugt. Nach dem Urteil des EuGH haben Türken unabhängig davon einen Anspruch. Jetzt kommt es darauf an, aufzuklären und Druck zu machen. Der DGB-Landesbezirk fordert deshalb mit einer Kampagne alle türkischen Familien auf, Anträge zu stellen für Kinder, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben – entweder beim Rathaus oder direkt bei der Landeskreditbank, Kreuzstr. 16, 76113 Karlsruhe. Tips und Antragsformular gibt es beim DGB-Landesbezirk in Stuttgart (Ismail Kahraman, Tel. 0711/2028-240, Fax 0711/2028-250).

Dort kann auch eine Broschüre mit allen wichtigen Informationen bestellt werden. Aber auch diejenigen, deren Antrag früher schon einmal abgelehnt wurde, sollten einen neuen Antrag stellen. Bei Problemen hilft euch eure Gewerkschaft bzw. der DGB-Landesbezirk. Noch ein Hinweis: Nach dem 1.1.2000 in Deutschland geborene Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit und eingebürgerte Kinder unter 10 Jahren bekommen nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht auf Antrag auch Landeserziehungsgeld. Von Ausländern wird erwartet, dass sie Steuern wie Deutsche zahlen, sie dürfen deshalb auch nicht von Leistungen ausgeschlossen werden, die aus diesen Steuermitteln bezahlt werden! Der DGB wird solange gegen diese Diskriminierung kämpfen, bis sie beseitigt ist!

Impressum

FORUM MIGRATION

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration Burgstr. 29-30 10178 Berlin Tel. 030/2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.